

Sehr geehrte Pressevertreter,

an diesem Wochenende steht die Piratenpartei Niedersachsen hier in Delmenhorst in gleich mehreren Veranstaltungen vor wichtigen Aufgaben. Wir begrüßen Sie als unsere Gäste und laden Sie ein, diese Ereignisse mit uns zu erleben.

Wir beginnen am Samstag mit der Fortsetzung der Aufstellungsversammlung vom Wochenende 21./22. Juli 2012 in Wolfenbüttel, auf der die 30 Kandidaten bereits gewählt wurden, mit denen wir im Januar 2013 zur Landtagswahl antreten wollen. An diesem Wochenende haben die Piraten die Aufgabe, die bislang noch unsortierte Liste in eine Reihenfolge zu bringen und so die entsprechenden Listenplätze zu vergeben.

Am Sonntag geht es dann um das Wahlprogramm, mit dem die Piratenpartei Niedersachsen den Wahlkampf bestreiten und den Einzug in den Landtag vorbereiten will. Zahlreiche Programmanträge wurden im Vorfeld bereits erstellt, diskutiert und mittels Liquid Feedback Meinungsbilder eingeholt. Zunächst wählen wir am 26. August, welche Programmanträge an diesem Parteitag behandelt werden sollen. Anschließend erfolgen Diskussion und Abstimmung über die Aufnahme der einzelnen Anträge in das Wahlprogramm.

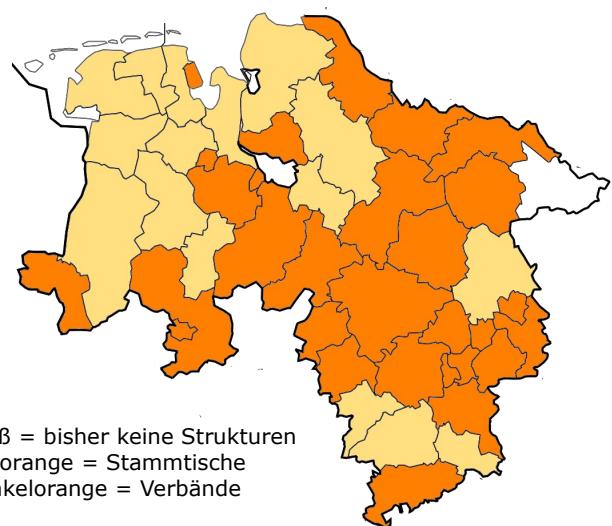
Ein voller Terminkalender erwartet uns an diesem Wochenende, an dem wir die Weichen für einen erfolgreichen Wahlkampf in Niedersachsen stellen werden. Unser Ziel ist es, auch in Niedersachsen in den Landtag einzuziehen und die Politik in unserem Land grundlegend zu verändern. Schon jetzt verändert die Piratenpartei die politischen Kräfteverhältnisse in Niedersachsen. Diese Entwicklung wollen wir auch im Landtag vorantreiben.

Ich wünsche Ihnen ein spannendes Wochenende mit den Piraten, die hier zusammenkommen, um mit Listenkandidaten und erweitertem Programm Kurs auf den Landtag zu nehmen.

Mit herzlichen Grüßen,

Andreas Neugebauer
(1. Vorsitzender der Piratenpartei Niedersachsen)

Der Landesverband Niedersachsen organisiert sich weitgehend klassisch über Regions-, Kreis- und Stadtverbände sowie lokale Stammtische. Mehrere Arbeitsgruppen, die sich aus freiwilligen Helfern zusammensetzen, koordinieren landesweite Aktionen, Pressearbeit und Materialbeschaffung oder bereiten Landesparteitage und Wahlen vor.



Übersicht der Niedersächsischen Untergliederungen

Stadtverband Braunschweig	Webseite: http://www.piratenpartei-braunschweig.de
Kreisverband Celle	Webseite: http://celle.piratenpartei-nds.de/
Stadtverband Delmenhorst	Webseite: http://piratenpartei-delmenhorst.de/
Kreisverband Diepholz	Webseite: http://piraten-diepholz.de/
Kreisverband Goslar	Webseite: http://www.piraten-goslar.de
Kreisverband Göttingen	Webseite: http://www.piratenpartei-goettingen.de
Kreisverband Grafschaft Bentheim	Webseite: http://www.grafschafter-piraten.de
Kreisverband Hameln-Pyrmont	Webseite: http://www.piraten-hameln.de
Regionsverband Hannover	Webseite: http://www.piratenhannover.de
Kreisverband Helmstedt	Webseite: https://wiki.piratenpartei.de/NDS:Helmstedt
Kreisverband Heidekreis	Webseite: http://www.heidekreispiraten.de
Kreisverband Hildesheim	Webseite: http://piratenpartei-hildesheim.de
Kreisverband Holzminden	Webseite: http://www.piraten-holzminden.de
Stadtverband Langenhagen	Webseite: http://www.piratenhannover.de/1330/langenhagen/
Ortsverband Linden/Limmer	Webseite: http://www.piraten-linden.de/
Kreisverband Niedersachsen-Nordost (Gemeinsamer Verband der Kreise Harburg, Lüneburg und Uelzen)	Webseite: http://www.heide-piraten.de
Kreisverband Nienburg/Weser	Webseite: http://nienburg.piratenpartei-nds.de
Stadtverband Oldenburg	Webseite: http://piratenpartei-oldenburg.de
Kreisverband Oldenburg Land	Webseite: http://www.piratenpartei-landkreis-oldenburg.de/
Kreisverband Osnabrück	Webseite: http://www.piraten-osnabrueck.de
Kreisverband Osterholz	Webseite: http://wiki.piratenpartei.de/NDS:Osterholz
Kreisverband Peine	Webseite: http://peine.piratenpartei-niedersachsen.de
Kreisverband Schaumburg	Webseite: http://piraten-schaumburg.de/
Kreisverband Stade	Webseite: http://www.piraten-stade.de/
Kreisverband Wilhelmshaven	Webseite: http://www.piraten-whv.de
Kreisverband Wolfenbüttel-Salzgitter	Webseite: http://www.piratenpartei-wolfenbuettel.de
Kreisverband Wolfsburg	Webseite: http://wolfsburg.piratenpartei-nds.de

Innerhalb der Piratenpartei hat sich für die meisten Wahlen das "Approval-Verfahren" mehr oder weniger durchgesetzt. Wieso wird dieses Verfahren so gerne genutzt, was sind die Vorteile gegenüber den bekannten Wahlverfahren, insbesondere der Mehrheitswahl, und wie funktioniert das Verfahren eigentlich?

Bei allen Wahlen, bei denen mehr als zwei Kandidaten zur Auswahl stehen, stellt sich das Problem, dass man regelmäßig zwar eine persönliche Rangfolge zwischen den Kandidaten hat, aber selten nur einen einzigen (seinen Favoriten) für geeignet hält. Meistens gibt es noch mindestens einen oder gar mehrere Kandidaten, die man - auch - für geeignet hält und dann natürlich einen oder mehrere, die man auf keinen Fall wählen möchte. Hat man nur eine einzige Stimme zur Verfügung, dann muss man sich entscheiden.

Es kann dann aber leicht passieren, dass der eigene Favorit knapp nicht gewählt wird und jemand gewinnt, den man auf keinen Fall haben möchte und der nur knapp vor einem anderen Kandidaten liegt, den man eher akzeptiert hätte. Hätte man das gewusst, hätte man nicht seinem eigenen, abgeschlagenen Favoriten die Stimme gegeben, sondern dem knapp unterlegenen Kandidaten.

Beim Approval Voting kann jeder Wähler all den Kandidaten seine Zustimmung geben, die er grundsätzlich für die jeweils zu besetzende Position für geeignet hält. Jeder Wähler hat also maximal so viele Stimmen, wie Kandidaten zur Wahl stehen.

Das Approval oder Zustimmungs-Verfahren ist aber keineswegs eine Erfindung der Piraten, sondern wird z. B. auch bei der Wahl des Generalsekretärs der Vereinten Nationen angewendet. Es stellt sicher, dass der Kandidat gewählt wird, der insgesamt die breiteste Unterstützung bei den Wählern hat.

Gibt ein Wähler einem Kandidaten keine Zustimmung, so lehnt er damit diesen Kandidaten explizit ab. Letztlich äußern sich die Wähler zu jedem Kandidaten. Entweder sie können sich vorstellen, diesen Kandidaten zu akzeptieren, dann geben sie ihm eine Stimme. Oder sie lehnen diesen Kandidaten ausdrücklich ab, dann verweigern sie ihm die Zustimmung.

Aus dieser Logik heraus ist beim Approval-Voting in der Regel ein "Quorum", also eine Mindestzustimmungsgrenze, festgelegt. Ein Kandidat muss danach mindestens von 50 % der Wähler eine Zustimmung erhalten haben. Anders ausgedrückt: jemand, der von mehr als der Hälfte der Wähler abgelehnt wird, soll nicht gewählt werden.

Das Approval-Verfahren vermeidet, bei richtiger Anwendung durch alle Wähler, dass ein Kandidat gewählt wird, der zwar die absolut höchste Zahl von Stimmen bekommt, aber nicht von der Mehrheit der Wähler getragen wird. Stattdessen gewinnt derjenige Kandidat, der von der Mehrheit der Wähler als geeignet bewertet wird.

Beispiel mit vier Kandidaten:

Kandidat Anton: 35 %, Kandidat Beate: 25 %, Kandidat Christian: 20 %, Kandidat Doris: 20 %

Beim üblichen Mehrheitswahlverfahren gewinnt entweder Kandidat Anton, oder es kommt zu einer Stichwahl zwischen Anton und Beate. Dies geschieht auch dann, wenn vielleicht viele Wähler von Anton als zweite Wahl Christian gewählt hätten. Der Kandidat, der eigentlich die breiteste Unterstützung gehabt hätte (hier Kandidat Christian) wird jedenfalls nicht gewählt.

Daher soll jeder Wähler allen Kandidaten seine Zustimmung ausdrücken, die er grundsätzlich für die jeweils zu wählenden Listenplätze für geeignet hält.

Stark polarisierende Kandidaten, die von einem Großteil der Wähler strikt abgelehnt werden, sind dadurch im Nachteil gegenüber Kandidaten, die bei fast allen oder allen Wählern grundsätzliche Zustimmung finden.

Ein Problem ergibt sich, wenn Wähler meinen, sie könnten ihrem "Favoriten" einen Vorteil verschaffen, indem sie nur ihm und keinen oder nur wenigen anderen ihre Zustimmung geben. Dies führt dazu, dass nur wenige Kandidaten das notwendige Zustimmungs-Quorum erreichen.

Dieser scheinbare Mangel kann zusätzliche Wahlgänge erfordern, falls keiner, oder keine ausreichende Zahl an Kandidaten eine mehrheitliche Zustimmung der Wähler findet. Die Piraten sehen und kennen diese Problematik. Jedoch wird dieses überwiegend als notwendiges Übel gesehen. »Wenn es länger dauert, dann dauert es halt länger.«

Approval-Voting stellt hohe Anforderungen an die Wähler, aber die Piraten nehmen diese Anforderungen an.

Eine andere Politik ist möglich! Deshalb treten wir PIRATEN für einen neuen Politikstil ein, geprägt durch Teilhabe und Mitbestimmung, maximale Transparenz, Basisdemokratie und Beschränkung von Lobbyeinflüssen. Wir stehen für die vernunftorientierte Suche nach funktionierenden Lösungen jenseits ideologisch vorgefasster Pfade.

Transparenz und Beteiligung

Von kleinen Ärgernissen in der Verwaltung bis zu großen Politikthemen: Die vorhandenen Einflussmöglichkeiten jedes Einzelnen sind nur punktuell und längst nicht mehr zeitgemäß. Angesichts neuer technischer Möglichkeiten kann Demokratie heute auf viel breiterer Basis realisiert werden. Demokratie findet nicht nur alle 4 Jahre statt und muss sich nicht auf die Auswahl von Parteien beschränken. Wir setzen auf mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten durch das Internet und direkte Demokratie vor Ort. Politische und wirtschaftliche Entscheidungsprozesse und Einflussnahmen müssen öffentlich nachvollziehbar sein.

x Für einen Staat „zum Mitmachen“!

Bürgerrechte

Die Piratenpartei steht für den Schutz der Bürgerrechte im digitalen Zeitalter. Wir stellen uns gegen das Heraufdämmern der überwachten Gesellschaft. Nicht alles, was technisch möglich ist, ist richtig und gut, und derzeit mangelt es Staat und Wirtschaft an Respekt vor der Würde und Freiheit des einzelnen Menschen. ACTA, IPRED, Online-Durchsuchung oder Internet-Zensur höhlen Privatsphäre und Rechtsstaat von innen aus.

Immer mehr Bürger engagieren sich für den Schutz ihrer Rechte im Internet und anderswo. Die Piraten sehen sich als politischen Arm dieser neuen Bürgerrechtsbewegung.

x Wer die Freiheit nicht fordert, dem wird sie genommen!

Privatsphäre und Datenschutz

Datenschutz und der Schutz der Privatsphäre gewährleisten Würde und Freiheit des Menschen. Die anlasslose Durchleuchtung von Menschen erzeugt ein Klima des Misstrauens und der Angst, dem wir entschieden den Kampf ansagen. Aus verwaltungstechnischen Gründen gespeicherte persönliche Daten müssen kontrollierbar sein.

x Transparenter Staat statt gläserner Bürger!

Eng mit unserem Engagement für Demokratie und Bürgerrechte verknüpft sind auch unsere Wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen:

Freie Bildung

Eine freiheitliche Demokratie braucht mündige Bürger. Hauptanliegen institutioneller Bildung ist die Unterstützung bei der Entwicklung zur mündigen, kritischen und sozialen Person. Bildungseinrichtungen sollten durch alle Beteiligten demokratisch mitgestaltet werden. Die Förderung von Lehrmitteln unter freien Lizenzen baut rechtliche und finanzielle Hürden ab. Bildungsgebühren jeder Art sind kategorisch abzulehnen.

x Zugang zu Bildung erleichtern und Mitbestimmung fördern!

Immaterialgüterrechte

Ohne den freien Austausch von Informationen wäre unsere Gesellschaft noch in der Steinzeit. Der Versuch, Ideen zu Besitztümern zu erklären, behindert wissenschaftliche Arbeit, Kulturproduktion und den Zugang zu Informationen allgemein. „Wir lehnen Patente auf Lebewesen und Gene, auf Geschäftsideen und auch auf Software einhellig ab, weil sie unzumutbare und unverantwortliche Konsequenzen haben, weil sie die Entwicklung der Wissensgesellschaft behindern, weil sie gemeine Güter ohne Gegenleistung und ohne Not privatisieren.“ Durch die Digitalisierung sind Filme, Musik und Bücher nicht mehr zwingend an einen materiellen Träger gebunden. Wir fordern eine nutzerfreundliche Auslegung des Rechts auf Privatkopie, um die künstliche und unverhältnismäßige Verknappung von Inhalten zu überwinden. Künstler werden sich auch weiterhin finanzieren können: Sei es durch den Verkauf von Materialien oder komplementäre Erlösquellen wie Merchandising oder Konzerte.

x Gegen die künstliche Verknappung von Wissen und Kultur
– Künstler, Forscher und Nutzer stärken!

Freie Infrastrukturen

Offene Infrastrukturen wie Verkehrswege, Telekommunikationsnetze, Energie und Wasserversorgung sind nicht nur Basis wirtschaftlicher Aktivitäten, sondern entscheiden mit, wer aktiv am gesellschaftlichen Leben, an Demokratie und Wirtschaft teilnimmt. Der ungehinderte Zugang zu Wasser, Luft, Strom, öffentlichen Straßen und Plätzen, Schulen und Universitäten muss ebenso gesichert sein wie zu freien digitalen Netzen als Orten der Öffentlichkeit im neuen digitalen Raum. Der Betrieb der Infrastruktur ist Gemeinschaftsaufgabe. Für nichtkommerzielle Träger muss Chancengleichheit gegenüber gewinnorientierten Geschäftsmodellen durchgesetzt werden.

x Infrastrukturen dienen zuallererst dem Gemeinwohl!

Soziale Teilhabe

Auf dem Bundesparteitag 2010 in Chemnitz beschlossen die PIRATEN eine der wichtigsten programmatischen Erweiterungen ihrer jungen Geschichte, mit der sich die Partei fest als sozial-liberale Partei etabliert: Die PIRATEN setzen sich dafür ein, „eine sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe individuell und bedingungslos zu garantieren und dabei auch wirtschaftliche Freiheit zu erhalten und zu ermöglichen“. (Parteiprogramm, S.16) Fernab von der neoliberalen Ideologie, die die meisten Parteien im Parlament ausmacht, fordern wir für alle Menschen die gleichen Möglichkeiten zur Teilhabe am Wohlstand der Gesellschaft.

x Teilhabe aller am Wohlstand der Gesellschaft!

Teilhabe im 21. Jahrhundert

Egal, ob es um politische Mitbestimmungsmöglichkeiten und direkte Demokratie geht, um Bürgerrechte, freien Bildungszugang, offene Infrastrukturen, den Kampf gegen das Patent(un)wesen, das bedingungslose Grundeinkommen oder freien Strandzugang: All unsere Themen verbindet ein gemeinsames Denken, immer steht die unbeschränkte Teilhabe der Menschen an allen Aspekten des gesellschaftlichen Lebens im Mittelpunkt: Auf politischer, kultureller, sozialer wie auch wirtschaftlicher Ebene. Teilhabe im 21. Jahrhundert bedeutet zu erkennen, dass es Dinge gibt, die allen Menschen gemein sind und auch gemein bleiben müssen.

Freiheit und Teilhabe im 21. Jahrhundert gehören untrennbar zusammen. Wir PIRATEN sind bereit.

Das Parteiprogramm, das auch die Basis des Wahlprogramms zur Landtagswahl 2013 und zur Bundestagswahl bildet, ist über das Wiki oder die Bundeswebsite einsehbar:

→ <http://www.piratenpartei.de/wp-content/uploads/2012/02/Grundsatzprogramm-Piratenpartei.pdf>

Kurzüberblick

Freiheitsrechte und die Gestaltung der modernen Informations- und Wissensgesellschaft sind die Kernanliegen der Piratenparteien in ganz Europa und weltweit – und natürlich auch bei uns in Niedersachsen.

Seit ihrer Gründung 2006 in Berlin wirkt die Piratenpartei Deutschland gemäß ihrer grundgesetzlichen Pflichten an der „Willensbildung des Volkes“ mit. Bereits ein Jahr später, am 8. Juli 2007 gründete sich der Landesverband Niedersachsen. Dreizehn Gründungsmitglieder waren seinerzeit im Freizeitheim Lister Turm in Hannover anwesend. Ziel war es, in Niedersachsen einen neuen Politikstil mit mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung zu etablieren. Bis zur Kommunalwahl 2011 stieg die Zahl der Mitglieder auf 950 an.

Während des Wahlkampfs zur Europawahl und Bundestagswahl 2009 erlebte die Piratenpartei einen raschen Mitgliederzuwachs. Bei der Bundestagswahl konnte sie als neue Partei sofort 2 % der Stimmen erreichen.

Bei der Kommunalwahl im September 2011 konnten die Piratenpartei in Niedersachsen 59 Mandate in Städten, Gemeinden und Orts- sowie Bezirksräten erringen. Aktuell gibt es bei den PIRATEN in Niedersachsen 21 Kreisverbände. Heute hat der Landesverband ca. 2.830 Mitglieder. Damit hat sich Mitgliedszahl seit den Kommunalwahlen 2011 beinahe verdreifacht.

Entwicklung und Ideen

Die Piratenpartei besetzt den von der Musik- und Filmindustrie verwendeten Kampfbegriff des „Raubkopierers“ (engl. „pirate“) positiv. In Schweden, dem Ursprungsland der Bewegung, hatte der Begriff „Pirat“ immer vor allem die Bedeutung eines Freiheitskämpfers. Bedingt durch den technologischen Wandel entwickelte sich eine repressive Anwendung des Urheberrechts, die unverhältnismäßig in Bürgerrechte und Privatsphäre eingreift und daher korrigiert werden muss.

Informationelle Selbstbestimmung, freier Zugang zu Wissen und Kultur und die Wahrung der Privatsphäre sind die Grundpfeiler der zukünftigen Informationsgesellschaft. Nur auf dieser Basis kann eine selbstbestimmte, sozial gerechte, freiheitlich-demokratische Grundordnung erhalten werden. Die Piratenpartei ist Teil einer weltweiten Bewegung, die diese Ordnung zum Vorteil aller mitgestalten will.

„Pirat“ ist laut Satzung eine geschlechtsneutrale Bezeichnung, nicht aus Desinteresse an geschlechterpolitischen Fragen, sondern als Standpunkt: Anstelle der Einordnung von Individuen in ein binäres Geschlechtersystem wollen wir das Individuum für sich selbst stehen lassen in einer pluralistischen Gesellschaft, die so viele Identitäten wie Menschen kennt. Daher fragen wir in unserem Aufnahmeformular das Geschlecht auch nicht ab. Die Piraten wollen allen interessierten Menschen politische Beteiligung und aktive Mitarbeit ermöglichen. Sie sind basisdemokratisch organisiert und kennen keine Delegierten.

Insbesondere die digitale Kommunikation vernetzt die Piraten landes- und bundesweit sowie international. Die Nutzung digitaler Medien ermöglicht kurze Kommunikationswege und das direkte Leben der Basisdemokratie. Entgegen landläufiger Vorurteile treffen wir uns auch im analogen Raum. Täglich finden überall in Deutschland Piratentreffen (Stammtische, gemeinsame Freizeit, größere monothematische Treffen) statt, die gerne journalistisch begleitet werden können. Der interessierte Pirat kann sich auch offline nahezu 24 Stunden am Tag, sieben Tage in der Woche mit anderen Piraten vernetzen.

Webseiten

Für die Kommunikation wichtiger Informationen sind Websites zentrale Anlaufstellen für Piraten und interessierte Nichtpiraten:

- <http://www.piratenpartei.de>
- <http://vorstand.piratenpartei.de>
- <http://www.piratenpartei-niedersachsen.de/>

Piratenwiki

Zum Arbeiten benutzen die Piraten ihr eigenes Wiki. Zu finden ist es unter:

- <http://wiki.piratenpartei.de>
- <https://wiki.piratenpartei.de/NDS>

Mailinglisten

Natürlich wird nicht nur gearbeitet, sondern auch gerne und viel politisch diskutiert. Auch hier bleiben die Piraten ihren Grundsätzen treu: Alles geschieht offen und transparent. Die Hauptkommunikation findet über Mailinglisten statt, eine unvollständige Auflistung findet sich unter:

- <http://wiki.piratenpartei.de/Mailinglisten>

Twitter

Statt des Flurfunks einer Parteizentrale nutzen wir exzessiv Twitter:

→ <http://twitter.com/Piratenpartei/lists>

Liquid Feedback (LQFB)

Mit Hilfe der von Piraten entwickelten Software kann erstmals in der deutschen Parteiengeschichte dauerhaft auf ein Delegiertensystem zur Entscheidungsfindung verzichtet werden. Die Software erlaubt eine Erarbeitung und Abstimmung von Vorschlägen unter gleichberechtigter Beteiligung aller Parteimitglieder in einer flexiblen Mischform aus repräsentativer und direkter Demokratie. LiquidFeedback wird mittlerweile im Bundesverband der Piraten, von den Landesverbänden und bei den Piratenparteien der Schweiz, Österreichs und Brasiliens sowie von vielen Nichtregierungsorganisationen genutzt.

Die Piraten betrachten dies auch als Experiment, wie gesamtgesellschaftlich mehr Demokratie angesichts neuer technischer Möglichkeiten realisiert werden kann. Das System ist zudem transparent: Alle Initiativen mit ihren Texten, Anregungen und Ergebnissen können im Internet verfolgt werden. So gestalten wir Politik offener und ehrlicher.

Niedersachsen
Bundesweit

→ <https://lqpp.de/ni>
→ <http://lqfb.piratenpartei.de>

Weltweite Bewegung

Die Digitalisierung hat sich in einem rasanten Tempo entwickelt und ist in fast alle gesellschaftlichen Bereiche vorgedrungen. Dieser Vorgang bietet einerseits große Chancen für die Weiterentwicklung von Wissen und Kultur sowie Kommunikation. Andererseits verbergen sich hier auch ungeahnte Gefahren für die Freiheit und Würde des Menschen.

Die Schnelligkeit, mit der die digitale Entwicklung voranschreitet, überfordert nicht nur den Einzelnen, sondern auch die gesellschaftliche Meinungsbildung und die staatliche Gesetzgebung. Die Möglichkeit, diesen Prozess auf der Ebene eines einzelnen Staates zu gestalten, ist durch die Globalisierung praktisch nicht mehr gegeben. Die bisherigen rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen stehen auf dem Prüfstand.

Insbesondere die Angst vor internationalem Terrorismus lässt falsche Antworten auf diese Herausforderung entstehen, Antworten, die einer Überwachungsgesellschaft Vorschub leisten. Das empfindliche Gleichgewicht zwischen Sicherheit und Freiheit, das zu wahren Aufgabe des Staates ist, verschiebt sich derzeit stark in Richtung Sicherheit. Der freie Zugang zu Kultur und Wissen, die informationelle Selbstbestimmung des Bürgers und seine Privatsphäre sind zunehmend bedroht. Doch nur auf diesen Grundpfeilern kann eine demokratische, sozial gerechte, freiheitlich-selbstbestimmte globale Ordnung entstehen. Sie sind die Basis für eine zukünftige Informationsgesellschaft.

Die Piratenpartei versteht sich als Teil einer weltweiten Bewegung, die diese Ordnung zum Vorteil aller mitgestalten will. Die genannten Themen sind nicht nur für Piraten relevant, sondern für Bürger aus dem gesamten traditionellen politischen Spektrum. Privatsphäre und die Freiheit von Wissen und Kultur gehören mit zu den höchsten Gütern unserer Gesellschaft.

Die Ursprünge der Piratenpartei

Die erste Piratenpartei war die schwedische Piratpartiet, die am 1. Januar 2006 unter der Führung von Rickard Falkvinge gegründet wurde. Die Piratpartiet (deutsch: Piratenpartei) prägte auch den Namen der anderen Piratenparteien, die sich im Anschluss an das schwedische Vorbild in verschiedenen Staaten gründeten.

Die Website der Piratpartiet ging am 01.01.2006 online, damit war die Partei gegründet. Es wurde eine Entwicklung in sechs Phasen vorgeschlagen: Phase 1 war die Sammlung von 2000 Unterschriften, um an der Parlamentswahl teilnehmen zu können. Dieses Ziel wurde innerhalb von weniger als 24 Stunden erreicht.

Mit der Registrierung und der Aufstellung der Kandidaten für die Parlamentswahl waren die Phasen zwei bis fünf abgeschlossen. Dadurch wurden die Medien auf die Piratpartiet aufmerksam. Die erste große Zeitung brachte einen Bericht über die Piratpartiet, weitere Berichte folgten. In einer Umfrage der größten schwedischen Zeitung erreichte die Piratpartiet 61 %. Ähnliche Ergebnisse ermittelte der größte IT-Verlag der Welt, der IDG. Aufgrund dieser Medienberichte erhöhten sich die Zugriffe auf die Piratpartiet Website rapide. Innerhalb einer Woche erschienen über 500 englische und mehr als 600 spanischsprachige Medienberichte.

Am 31.5.2006 beschlagnahmte die schwedische Polizei die Server, auf denen der BitTorrent-tracker "The Pirate Bay", sowie über 200 andere unabhängige Websites, gehostet wurden. Die Server befanden sich in einem Bankgebäude. Bankgebäude gelten nach schwedischem Recht als Schutzzräume und unterliegen weitgehenden Schutzbestimmungen, die bei der Polizeiaktion jedoch unterlaufen wurden. Öffentliche Proteste gegen das Vorgehen der Polizei gaben der Piratpartiet erneut großen Auftrieb. Bereits vor der Razzia wuchs die Partei stetig. Am Tag der Beschlagnahmungen verzeichnete sie gleich 500 neue Mitglieder, am Tag darauf registrierten sich weitere 930 Menschen. Innerhalb von 2 Tagen war die Piratenpartiet von ~2100 Mitgliedern auf 3611 Mitglieder angewachsen.

Nur neun Monate nach der Gründung begann am 17.09.2006 die sechste und letzte Phase: die Wahl selbst. 34.918 (0,63 %) Stimmen erreichte die Piratpartiet und wurde damit zehntstärkste Partei des Landes. Heute hat die Piratpartiet über 25.000 Mitglieder und ist damit aus der Parteiengesellschaft Schwedens nicht mehr wegzudenken, auch wenn es 2010 nicht gelang, ins Parlament einzuziehen.

Angesichts des großen Erfolges in Schweden gründeten sich in vielen Ländern Piratenparteien. Die nächste Piratenpartei entstand am 31.Juli 2006 in Österreich. Am 10.09.2006 folgte in der Berliner c-base die Gründung der Piratenpartei Deutschland.

Mittlerweile gibt es in mehr als 40 Ländern registrierte oder in Gründung befindliche Piratenparteien, die alle denselben Namen tragen und sich – gemeinsam – für ähnliche Ziele einsetzen. Die PPI - „Pirates Party International“ bietet eine gemeinsame Diskussions- und Kommunikationsplattform für alle an Piratenzielen interessierte Parteien weltweit.

#LPTNDS2012-2, Auch LPTNDS12.3

steht für den dritten Landesparteitag des Landesverbandes Niedersachsen der Piratenpartei Deutschland im Jahre 2012.

LPT - Landesparteitag

NDS - Niedersachsen

2012-3 oder 12.3 - Dritter Parteitag des Jahres 2012

Das Doppelkreuz ("hash tag") kennzeichnet den Begriff als Schlagwort bei Twitter.

@BuBernd, @Tirsales, @Schmidtlepp, @Kungler, @Laprintemps und viele weitere

Twitternamen bekannter Piraten wie Bernd Schlömer, Sebastian Nerz, Christopher Lauer, Matthias Schrade und Julia Schramm - im Gespräch häufig an Stelle der realen Namen verwendet.

ANTRAGSFABRIK

ist ein Werkzeug im Internet, das die Piratenpartei dazu nutzt, um Anträge zu erstellen und zu diskutieren. Beispiel: https://wiki.piratenpartei.de/Bundesparteitag_2011.2/Antragsfabrik

BUVO

ist der Bundesvorstand.

DELEGIERTE

sind ein System, das die Piraten nicht nutzen. Wer das Wort „Delegierte“ im Bezug auf Parteitage verwendet, könnte Gefahr laufen über die Planke geschickt zu werden.

FLAUSCH, FLAUSCHSTORM

Gegenteil von Shitstorm. Mit Flausch drücken die Piraten ihre Anerkennung für Leistungen oder Personen aus.

GENDER

(Das kulturelle Geschlecht, nicht das biologische.) Das abgeleitete Verb „gendern“ wird gerne von GrünInnen und Grünen verwendet und mit Binnen „I“ innerhalb eines Wortes in Verbindung/In gebracht. Ganz geschickte Piraten verwenden bewusst Sprache, die die Verwendung dieser Sprachgerüste vermeidet und sagen gerne mal „Leute“. Es tut den Augen weniger weh und macht nicht auf einen Unterschied zwischen den Menschen aufmerksam. Schließlich wird bei einer Gruppe Menschen auch nicht der Unterschied zwischen Armen und Reichen, Ausländern und Inländern gemacht.

GO-ANTRAG

Antrag zur Geschäftsordnung, etwa auf Schließung der Rednerliste bei ausufernden Diskussionen.

GRILLEN

Intensive Befragung der Kandidaten vor der Wahl, bei der diese ruhig ins Schwitzen kommen können.

GUMMIBÄUME

Der Antrag auf Pflanzung von Gummibäumen ist ein Musterantrag. Durch ein Versehen landete er im Antragsbuch und wird seither von Parteitag zu Parteitag bei flammender Gegenrede vertagt.

KV

Kurz gesagt: Ein Kreisverband. Analog dazu: LV (Landesverband), RV (Regionsverband), OV (Ortsverband)

LQFB - LIQUID FEEDBACK sowie Limey Survey

Nicht unumstrittene Tools zur unverbindlichen Abstimmung oder Einholung von Meinungsbildern. Wird häufig auch als Qualifikationsmerkmal und gerne mal als Totschlagargument verwendet.

LVOR, auch LAVO

Landesvorstand. Gewählte Vertreter des Landesverbandes, die sich vor allem dadurch auszeichnen, dass sie die Schuld für jeden gefühlten Missstand innerhalb des Landesverbandes auf ihren Schultern tragen.

ML

Mailingliste. Eines der primären Kommunikationsmedien der Piratenpartei und Ausgangspunkt der meisten Shitstorms.

MUMBLE

eine Sprachkonferenzsoftware, die es Piraten ermöglicht, unabhängig von ihrem Wohnort zusammen an Projekten zu arbeiten oder sich einfach nur die Zeit mit Gesprächen in einer virtuellen Kneipe mit Sprachunterstützung zu vertreiben.

PAV

Das ParteiAusschlussVerfahren. Standardverfahren, um missliebige Parteimitglieder loszuwerden. Bis zum heutigen Zeitpunkt ohne irgendeinen Effekt. Wird gerne auch mal kompletten Vorständen angedroht.

PAD (PIRATENPAD, ETHERPAD)

Ein netzbasiertes Tool, in dem viele Menschen zusammen an einem Dokument arbeiten, brainstormen oder auch anderweitig kreativ mit Text umgehen können.

POLGF

PolGF ist der Politische Geschäftsführer einer Gliederung.

SHITSTORM

Sturm der Entrüstung, der über Piraten hereinbricht, die polarisierende Aussagen treffen. Bricht leider häufig auf Grund von Missverständnissen aus.

STREAMING

Live Videobild- und Tonübertragung in das Internet, um auch Nichtanwesenden die Teilhabe zu ermöglichen.

TELKO

Telefonkonferenz. Eine weitere Möglichkeit zur Zusammenarbeit ohne reales Zusammentreffen. Häufig gibt es zusätzlich ein PAD, in dem die Ergebnisse der TELKO festgehalten werden.

WIKI - PIRATENWIKI

Zentrale Informationssammlung der Piraten im Internet und damit das Herzstück der Partei. Hier finden Sie alles über die Piraten - wenn Sie es finden.

WOLFENLOO/WOLFENHORST auch DELMENBÜTTEL

Die heftig umkämpfte Entscheidung für die Wiederholung der Aufstellungsversammlung in Wolfenbüttel führte im Vorfeld zu Wortspielen rund um die Austragungsorte.

ZAHLENMYSTIK/-SYMBOLIK

Für die Piraten, wie auch für andere Nerds und Geeks haben gewisse Zahlen eine besondere Bedeutung. Sie werden gerne als Würze in Gesprächen und Diskussionen verwendet.

1984 = Roman von Georg Orwell, der in einer fiktiven Zukunft in einer totalitären Welt spielt. Zentrales Element ist die ständige Überwachung und die Umkehr der Logik und deren Ablösung durch Dogmatik.

42 = Antwort auf die Frage nach dem Leben, dem Universum und dem ganzen Rest. Geht auf die Trilogie von Douglas Adams "Per Anhalter durch die Galaxis" zurück.

+1 = Hat Google von uns kopiert. Finden wir aber nicht schlimm. Es signalisiert die Zustimmung zu einer vorangegangenen Aussage

/dev/null = digitale Mülltonne (entlehnt aus Unix)